

II- 557 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 20. OKT. 1970 No. 37613

### A n f r a g e

der Abgeordneten M e l t e r und Genossen an den  
Herrn Bundesminister für Verkehr,  
betreffend Vorfinanzierung von Telefonanschlüssen.

Anlässlich der Behandlung des Rechenschaftsberichts der Vorarlberger Landesregierung im Landtag wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß etwa 6.000 Anwärter für einen Fernsprechananschluß in Vorarlberg angemeldet sind. Die Landesregierung habe sich, wie es in diesem Bericht heißt, schon vor zwei Jahren - allerdings vergeblich - bemüht, die Zuteilung der Telefonanschlüsse zu erwirken, wobei das Angebot gemacht worden sei, die notwendigen Investitionsmittel bereitzustellen. Seinerzeit hätte die Generalpostdirektion die Vorfinanzierung mit dem Hinweis abgelehnt, daß dies einer Präjudizierung eines Budgets gleichkomme.

Wiederholten Pressemitteilungen kann man nun entnehmen, daß zwischen der Generalpostdirektion bzw. dem Bundesministerium für Verkehr und dem Land Wien eine Vereinbarung getroffen worden sei, die es ermögliche, den in Wien vorhandenen Bedarf an neuen Telefonanschlüssen vorzeitig zu decken.

Es ist bekannt, daß Investitionen im Bereich des Fernsprechwesens sich außerordentlich schnell bezahlt machen. Das eingesetzte Kapital amortisiert sich innerhalb von 3 bis 4 Jahren. Wenn also die Geldmittel bereitgestellt werden, ist es wirtschaftlich sicher zweckmäßig, die gewünschten Anschlüsse zu errichten und die notwendigen Anlagen auszubauen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr die

### A n f r a g e

- 1) Welches Angebot hat die Vorarlberger Landesregierung vor 2 Jahren zum Ausbau des Telefonnetzes in Vorarlberg gemacht?
- 2) Aus welchen Gründen wurde die Vorfinanzierung aus Landesmitteln abgelehnt?
- 3) Welche Schritte hat die Generalpostdirektion bzw. das Bundesministerium unternommen, um auf das seinerzeitige Angebot zurückzukommen, damit wenigstens jetzt die Telefonanschlüsse in Vorarlberg beschleunigt errichtet werden?

- 2 -

- 4) Sollte die Frage 3) dahingehend beantwortet werden, daß nichts unternommen wurde:  
Warum sind derartige Schritte, die auch im Interesse der Postverwaltung liegen würden, unterblieben?

Wien, 20. 10. 1970